

Heidbrink, Ludger; Hirsch, Alfred (Hrsg.), 2006: Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips.
Frankfurt/New York: Campus, 419 S., 34,90 €. ISBN: 3-593-38010-2

Klaus Janowitz

Verantwortung ist ein schönes Wort. Bildlich kann man sie sich vorstellen als gleichmäßige Säulen, die freistehend ein Gewölbe tragen. Von Verantwortung ist derzeit viel die Rede – v.a. auch in Form der Forderung nach *Eigenverantwortung*. Hintergrund ist der als erforderlich betrachtete Umbau des Sozialstaates hin zu einer neuen Verantwortungsaufteilung zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum.

Die Beiträge einer Tagung, die im März 2005 am kulturwissenschaftlichen Institut Essen unter dem Titel „*Verantwortung in der Zivilgesellschaft – Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips*“ stattfand, sind nun als Sammelband im Campus-Verlag erschienen. Veranstalter war die Forschungsgruppe „*Kulturen der Verantwortung – Zu den kulturellen Voraussetzungen komplexer Verantwortungsgesellschaften*“. Der Band enthält 17 Beiträge und stellt eine Bestandsaufnahme der aktuellen zivilgesellschaftlichen Verantwortungsdiskussion in Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Rechtswissenschaften dar.

Die zentrale Frage formuliert Herausgeber *Ludger Heidbrink* gleich in der Einleitung: „Warum ist es gerade die Verantwortungskategorie, die seit geraumer Zeit als Heilmittel für die sozialen Probleme der Zeit empfohlen wird? Zu welchen Lösungen im zivil- und bürgergesellschaftlichen Bereich kann das Verantwortungsprinzip beitragen?“ (S. 13)

Zivilgesellschaft basiert auf der eigenständigen sozialen Organisation, in der sich die Bürger selber um das Gemeinwohl kümmern – unabhängig vom Staat. Obwohl als Begriff älter, wurde die Vorstellung von Zivilgesellschaft v.a. von *Jürgen Habermas* und *Ulrich Beck* geprägt. Man kann Zivilgesellschaft als ein Leitbild verstehen: als eine hoch entwickelte Form politischer Kultur, in der staatliche und gesellschaftliche Akteure aus bürgerlicher Öffentlichkeit und Markt in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander agieren. Diese Balance entspricht der idealen Vorstellung einer demokratischen, diskutierenden und partizipierenden Bürgergesellschaft.

Mit Anforderungen an „moralische Werte, soziale Normen, ökonomische Zwecke und politische Regeln, die in einer pluralistischen Kultur der Verantwortung verankert sein müssen, um ihre Wirksamkeit im Kontext komplexer Gesellschaft entfalten zu können“ (S. 9), wird der Begriff der Zivilgesellschaft zu einer ‚*Verantwortungsgesellschaft*‘ erweitert. ‚*Verantwortungsgesellschaft*‘ verweist auf *Amitai Etzioni* und damit auf *kommunitaristische* Positionen.

Im zivilgesellschaftlichen Verständnis verlagert sich der Verantwortungsbegriff von der Legitimations- auf eine Partizipationsebene. Die Forderung nach Verantwortung erstreckt sich auf die Mitorganisation des Gemeinwesens und eine autonome Lebensführung – und darauf, die Voraussetzungen dafür zu erhalten. Nach der bislang vorherrschenden Idee des Gesellschaftsvertrages waren individuelle Lebensrisiken kollektiviert und wurden sozial abgedeckt. In der neueren Entwicklung werden diese Risiken ver-

stärkt re-individualisiert: Der Staat gibt Lasten und Risiken wieder an das Individuum zurück und fordert *Eigenverantwortung* ein.

Als grundsätzlicher Wert liegt „*eigenverantwortlich leben und handeln*“ an oberster Stelle der Antworten auf die Frage „*Was man im Leben anstrebt, was wichtig ist.*“: *Helmut Klages* (Speyer) sieht dieses Ergebnis des Werte-Surveys von 1997 als enorme zivilgesellschaftliche Ressource. Laut Klages ist Eigenverantwortung eine Triebkraft sozialer Bereitschaft: Wer der Eigenverantwortung einen hohen Stellenwert einräumt, gesteht in der Regel auch dem sozialen Engagement hohe Wichtigkeit zu. Im Gegensatz zu einem häufig gezeichneten Bild sieht Klages anhand empirischer Befunde die Deutschen mental gut auf die Herausforderungen der Globalisierung vorbereitet.

Zivilgesellschaft und Eigenverantwortung sind durchweg positiv besetzte Begriffe: Kaum jemand wird grundsätzlich etwas dagegen einwenden – und darin liegt auch deren Crux. Mit ihrem rhetorischen Einsatz ist man immer auf der richtigen Seite. *Eigenverantwortung* packt die Menschen bei ihrer Ehre: Wer würde sich nachsagen lassen, nicht eigenverantwortlich handeln zu wollen? So wurde nicht ohne Grund der politische Appell „Verantwortung für sich selbst, Solidarität mit den Schwachen und Achtung des Gemeinwohls“ in die Präambel der Agenda 2010 aufgenommen. Als eine Mischung aus Werbekampagne und politischem Erziehungsauftrag erscheint die allgegenwärtige Aufforderung zur Selbstverantwortung, die auch Erhaltung der individuellen Wettbewerbsfähigkeit einschließt.

Frank Nullmeier (Bremen) sieht diese politische Rhetorik in seinem Beitrag „Paradoxien der Eigenverantwortung“ als Akt paternalistischer Politik: Staatlicher Paternalismus und die Übernahme von Eigenverantwortung lassen sich aus seiner Sicht nicht miteinander vereinbaren. „Paternalismus beruht darauf ‚that government can know its clients’ own interests better than they would themselves.‘“ (S. 152) *Eigenverantwortung* ist in diesem Sprachgebrauch eine Politikentlastungsformel. Sie bedeutet eine reine Überantwortung an die Marktökonomie. Praktisch bedeutet das eine Umschichtung von Beitragszahlungen an Sozialversicherungen zu Prämienzahlungen an Privatversicherungen. Die politische Aufforderung verwandelt Eigenverantwortung in eine doppelte: sich selbst gegenüber und auch gegenüber der Politik, die die Eigenverantwortung zuweist. Eine Politik, die „subjektive Bedingungen der Wahrnehmung von Eigenverantwortung schaffen will“ (S. 156), sieht er als überfordert an.

Walter Reese-Schäfer (Göttingen) lehnt sich in „Globalisierungsdruck und Verantwortungslast: Soziokulturelle Konsequenzen des Prinzips der Selbstverantwortlichkeit“ an „Der flexible Mensch“ von Richard Sennett sowie Arbeiten von Robert Reich („The Future of Success“) und Alain Ehrenberg („Das erschöpfte Selbst“) an. Er sieht den Transformationsprozess in den westeuropäischen Gesellschaften als ebenso rasant an, wie den durch den Systemwechsel erzwungenen in Mittel- und Osteuropa. Nicht mehr die Produktion ist der entscheidende Faktor, sondern die komplexe systemische Vernetzung, die jeden einzelnen Arbeitsschritt ‚just in time‘ und zu den günstigsten Konditionen abrufen. In der Rolle des Kunden profitiert zwar jeder Einzelne enorm, als Produzent bzw. Anbieter von Gütern und Dienstleistungen wird seine Lage aber schwieriger. Dauerhafte Arbeitsbeziehungen brechen zusammen, da sich der Einzelne immer öfter und immer kurzfristiger auf einen neuen beruflichen Standort einstellen muss. Eine langfristige Karriereplanung gehört zunehmend zu den Ausnahmerecheinungen. Höchst schwierig wird es gar, parallel ein Privatleben gleichberechtigt neben dem Beruf zu führen. Anstelle des Leistungsprinzips treten unkalkulierbare Größen in den Vordergrund,

wie Reese-Schäfer anhand des Schwankens von Aktienkursen illustriert. Glück und Zufall beeinflussen nunmehr die eigene Existenz.

Verantwortung ist unter diesen Umständen keine Primärtugend, sondern eher eine umfassende ‚Sorge um sich selbst‘. Der Idealfall des eigenverantwortlichen Menschen verfügt über weitgehende Kenntnisse von Wirtschaftsprozessen, Geldanlagen, Versicherungswesen und Recht sowie gesundheitlichen und diätetischen Regeln. Das Ideal der Selbstverantwortung ist weitgehend an eine Eigentümergesellschaft gebunden.

Wolfgang Maaser (Bochum) geht den Bedingungen für eine Verlagerung von Verantwortung auf die Zivil- bzw. Bürgergesellschaft nach. Die Infrastruktur einer solchen Verantwortungskultur bedarf einer ausreichenden Verbreitung von ökonomischem und kulturellem Kapital.

Franz-Xaver Kaufmann (Bielefeld) stellt den Diskurs zu Eigenverantwortung und sozialer Sicherheit seit den 1940er-Jahren dar. Dabei wird v.a. auch die Bedeutung der katholischen Soziallehre für den Sozialstaat der Nachkriegszeit deutlich.

Weitere Beiträge stammen aus der Philosophie, der Rechtswissenschaft und auch der Religionsphilosophie. *Stefan Gosepath* (Gießen) thematisiert Verantwortung im Zusammenhang mit Ungerechtigkeit. Dabei grenzt er Ungerechtigkeit von Schicksalhaftigkeit ab. So sind Personen lediglich für solche Situationen verantwortlich, in denen menschliches Handeln einen Unterschied macht.

Die Beiträge des Sammelbandes geben einen umfassenden, fächerübergreifenden Einblick in die derzeitige Verantwortungsdiskussion. Als Sammlung akademischer Beiträge wird der Leserkreis – trotz eines durchaus vorhandenen allgemeinen Interesses – weitgehend auf ein Fachpublikum beschränkt bleiben. Ich würde mir einen flüssig und knapp geschriebenen Band wünschen, der das Thema mit den wesentlichen Aussagen in die breite öffentliche Diskussion trägt. Verantwortungsverteilung und Zivilgesellschaft sind Themen, die viele Menschen bewegen. Sie verweisen auf eine gesellschaftliche Perspektive jenseits einer rein marktliberalen Zukunft und einer eher rückwärtsgewandten hierarchischen Ordnung.

Das Leitbild *Zivilgesellschaft* wird oft als eine Art zu verwirklichender Utopie, die Probleme und Konflikte löst, dargestellt, aber die bestehenden Formen werden kaum wahrgenommen und beschrieben. Denn: Zivilgesellschaft muss gelebt werden – sie entsteht in der Mitte der Gesellschaft und basiert auf gemeinsamen Werten und gegenseitigem Respekt. Man kann Zivilgesellschaft politisch fördern, aber keine Aufgaben an sie delegieren – sie ist kein Kostensenkungsprogramm des öffentlichen Dienstes. Sie wächst aus der Mitte der Gesellschaft und braucht zum Gedeihen eine hinreichende Verbreitung ökonomischen und kulturellen Kapitals. Man kann sich Zivilgesellschaft irgendwo zwischen Prenzlauer Berg und Starnberger See vorstellen: Wer die kulturellen Codes der jeweiligen Lebenswelten beherrscht, wird eher aufgefangen. Zivilgesellschaft setzt Standards des Verhaltens, Verteilungs- und Versorgungskonflikte löst sie nicht. So kann Zivilgesellschaft in Form der öffentlichen Meinung auch große Unternehmen zur Einhaltung sozialer Standards bewegen, wenn diese ihre Außendarstellung als gefährdet sehen, letztendlich kann sie diese aber nicht einfordern. Staatliche Verantwortungsübernahme unterscheidet sich von zivilgesellschaftlicher grundsätzlich: Sie ist rechtsverbindlich und damit einklagbar.

Empowerment durch den aktivierenden (Sozial)-Staat gründet auf der Vorstellung, dass nur die Verbesserung der individuellen Marktposition zu einem Abbau von Ungleichheit und Unterversorgung führt. Das dabei zugrunde gelegte Modell ist der für die Vermarktung seiner Arbeitskraft selbst verantwortliche Arbeitskraftunternehmer. In der

Praxis bedeutet *Eigenverantwortung* aber häufig nur eine Individualisierung ökonomischer Risiken und *Prekarisierung*, denn die Arbeitskraft ist immer öfters einem globalen Dumpingwettbewerb ausgesetzt. Gerade jene, die im Dienstleistungssektor arbeiten („McJobs“), werden oftmals selbst nicht zu den Nutznießern einer Dienstleistungsgesellschaft gehören, weil sie sich diese Dienstleistungen als Kunden einfach nicht leisten können.

Klaus Janowitz
Kuenstr. 43
50733 Köln
Tel.: 0221/9927 676
E-Mail-Adresse: klaus.m.jan@netcologne.de